

---

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	23
§ 1	
Einleitung .....	27
A. Gegenstand der Untersuchung .....	27
B. Ziel der Untersuchung .....	32
C. Gang der Darstellung .....	33
§ 2	
Die vertikale Kompetenzverteilung für die Gestaltung der EG-Außenwirtschaftsbeziehungen .....	36
A. Der Kompetenzrahmen der Europäischen Gemeinschaft .....	36
I. Ausdrückliche Regelungskompetenzen .....	36
II. Ungeschriebene Zuständigkeiten .....	37
III. Ergänzende Rechtsetzungskompetenz .....	40
B. Die gemeinsame Handelspolitik als Kernelement gemeinschaftlicher Kompetenzen zur Regelung des Außenwirtschaftsverkehrs .....	42
I. Das Bedürfnis nach einer gemeinsamen Handelspolitik .....	42
II. Begriff der Handelspolitik .....	44
III. Die Gegenstände der gemeinsamen Handelspolitik im Einzelnen .....	46
1. Warenverkehr .....	46
2. Dienstleistungsverkehr .....	48

a)	Erfasste Formen der Dienstleistungserbringung .....	48
(1)	Systematischer Ansatz .....	48
(2)	Das EuGH-Gutachten 1/94 .....	49
(3)	Die Erweiterung der Kompetenzen durch den Vertrag von Nizza .....	51
b)	Grenzen der handelspolitischen EG-Kompetenz für den Dienstleistungsverkehr .....	51
c)	Sonderregelungen für bestimmte Dienstleistungssektoren .....	52
(1)	Anordnung gemischter Zuständigkeiten .....	52
(2)	Verkehrsdienstleistungen .....	53
(3)	Finanzdienstleistungen .....	53
3.	Kapitalverkehr .....	54
4.	Niederlassungen und nicht dienstleistungsbezogener Personen- verkehr .....	55
5.	Zahlungsverkehr .....	56
6.	Handelsaspekte der Rechte des geistigen Eigentums .....	56
C.	Würdigung und Ausblick auf den Vertrag von Lissabon .....	58

### § 3

	Organkompetenzen bei der Anwendung autonomer Instrumentarien zur Steuerung des Außenwirtschaftsverkehrs .....	62
A.	Das Zollrecht der EG .....	62
I.	Die Aufgabe des gemeinschaftlichen Zollrechts .....	62
II.	Die Kernelemente des EG-Zollrechtssystems .....	63
1.	Der Gemeinsame Zollltarif .....	63
2.	Die Verordnung Kombinierte Nomenklatur und der integrierte Tarif der Gemeinschaft .....	64
3.	Zollkodex und Durchführungsverordnung .....	66
III.	Die Zuständigkeit des Rates für autonome Maßnahmen auf dem Gebiet des EG-Zollrechts .....	66
1.	Rechtsgrundlagen und Entscheidungsverfahren .....	66
a)	Art. 26 EG und Art. 133 EG .....	66
b)	Art. 37 EG und Art. 95 EG .....	67
c)	Art. 187 EG .....	68
d)	Zwischenbilanz aus primärrechtlicher Sicht .....	69
2.	Autonome Festlegung und Änderung von Regelzollsätzen, Änderungen der zolltariflichen Nomenklatur .....	70
3.	Zollaussetzungen .....	71
4.	Zollplafonds und Zollkontingente, Referenzmengen .....	72
5.	Gewährung autonomer Zollpräferenzen .....	73

---

a) Inhalt der Maßnahmen . . . . .	73
b) Das Allgemeine Präferenzsystem der Gemeinschaft . . . . .	74
6. Sonstige Maßnahmen zur Nichtanwendung der Regelzollsätze des GZT . . . . .	75
IV. Die Durchführungskompetenzen der Kommission . . . . .	77
1. Erlass von Auslegungsregeln . . . . .	77
a) Bedeutung für die Zollerhebungspraxis . . . . .	77
b) Reichweite der Kommissionskompetenzen . . . . .	77
c) Maßnahmen im Zusammenhang mit verbindlichen Zolltarifauskünften . . . . .	79
2. Festlegung von Ursprungsregeln . . . . .	80
a) Begriff und Hintergrund . . . . .	80
b) Nicht-präferentielle Ursprungsregeln . . . . .	81
(1) Der Ermessensspielraum der Kommission . . . . .	82
(2) Völkerrechtliche Grenzen . . . . .	84
c) Präferentielle Ursprungsregeln . . . . .	86
d) Sonderfall: Ursprungsregeln des Übersee-Assoziations- beschlusses . . . . .	88
e) Sicherstellung einheitlicher verbindlicher Ursprungsauskünfte . . . . .	90
3. Verwaltung von Zollkontingenten und Plafonds . . . . .	90
4. Befugnisse im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems . . . . .	92
a) Durchführung der Präferenzgraduierung . . . . .	92
b) Vorschläge für die Rücknahme von Zollpräferenzen . . . . .	93
c) Wiedereinführung der Regelzollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs . . . . .	95
d) Vorübergehende Suspendierung von Zollpräferenzen . . . . .	97
e) Eröffnung und Verwaltung besonderer Zollkontingente . . . . .	97
f) Überwachungsaufgaben . . . . .	98
5. Sonstige Durchführungsbefugnisse . . . . .	99
V. Die Beteiligung von Ausschüssen am Entscheidungsverfahren der Kommission . . . . .	100
1. Einrichtung von Ausschüssen . . . . .	100
2. Insbesondere: Der Ausschuss für den Zollkodex . . . . .	100
3. Reichweite der Mitwirkung . . . . .	102
VI. Zusammenfassung . . . . .	102
B. Ein- und Ausführregelungen . . . . .	103
I. Der Grundsatz der Außenhandelsfreiheit und seine Einschränkungen . . . . .	103
II. Gemeinsame Einfuhrregelungen . . . . .	106
1. Das System der EG-Einfuhrregelungen . . . . .	106
2. Maßnahmen gegenüber lauterem Wareneinführen . . . . .	108
a) Handelsbeschränkungen zum Schutz vor schädigenden Wareneinführen . . . . .	108
b) Maßnahmen zur Überwachung der Einfuhrentwicklung . . . . .	109

3. Das Verfahren zur Einführung von Überwachungs- oder Schutzmaßnahmen	111
a) Gemeinschaftliches Vorverfahren	111
(1) Informations- und Konsultationsverfahren	111
(2) Untersuchungsverfahren	113
(a) Einleitung	113
(b) Durchführung	115
(c) Abschluss	117
b) Vorläufige Schutzmaßnahmen	118
(1) Anwendungsbereich	118
(2) Zuständigkeit der Kommission	119
(3) Einflussmöglichkeiten des Rates	120
c) Das institutionelle Kompetenzgefüge im Hauptentscheidungsverfahren	121
(1) Gemeinschaftsweite Überwachungsmaßnahmen	122
(2) Gemeinschaftsweite Schutzmaßnahmen	124
(a) Die Reichweite der Beschlussfassungskompetenzen der Kommission	124
(i) Inhalt der Maßnahmen der Kommission	124
(ii) Anforderungen an das Beschlussfassungsverfahren	125
(iii) Ablehnung von Schutzmaßnahmen	126
(b) Entscheidungskompetenzen des Rates	126
(c) Das Verhältnis der Organkompetenzen zum Erlass gemeinschaftsweiter Schutzmaßnahmen	128
(3) Ermächtigung der Kommission zur Entgegennahme von Selbstbeschränkungserklärungen	129
4. Aufhebung und Änderung von Überwachungs- oder Schutzmaßnahmen	131
5. Verlängerung von Überwachungs- oder Schutzmaßnahmen	132
6. Besonderheiten in spezifischen Einfuhrregelungen	133
a) Einfuhr aus Drittländern ohne Marktwirtschaft	133
b) Einfuhren mit Ursprung in China	134
c) Einfuhren aus den Überseeischen Ländern und Gebieten	135
d) Textilwareneinfuhren	137
(1) Überblick über das System der speziellen Einfuhrregelungen für Textilwaren	137
(2) Die zentrale Rolle der Kommission bei der Durchführung der speziellen Textileinfuhrregelungen	139
(a) Verwaltung der Textileinfuhrhöchstmengen	139
(b) Einführung neuer Überwachungs- und Schutzmaßnahmen	141
(i) Vorbemerkungen	141
(ii) Maßnahmen auf der Grundlage der Verordnung (EWG) Nr. 3030/93	142
(iii) Maßnahmen auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 517/94	143

---

(iv) Anwendung der besonderen Schutzbestimmungen für Textilwaren aus China . . . . .	143
(c) Änderung und Aufhebung bestehender Überwachungs- und Schutzmaßnahmen . . . . .	145
(3) Verbleibende Entscheidungskompetenzen des Rates . . . . .	146
III. Gemeinsame Ausfuhrregelung . . . . .	147
1. Bedeutung für die Handelsbeziehungen der Gemeinschaft . . . . .	147
2. Das Verhältnis von Rat und Kommission im institutionellen Kompetenzgefüge der gemeinsamen Ausfuhrregelung . . . . .	148
3. Sonstige verfahrensrechtliche Aspekte . . . . .	149
IV. Ein- und Ausfuhrregelungen aus nichthandelspolitischen Erwägungen .	150
1. Regelungsinhalt und Rechtsgrundlagen . . . . .	150
2. Institutionelle Grundstruktur . . . . .	153
3. Besonderheiten beim Erlass von Embargomaßnahmen . . . . .	154
a) Einordnung von Embargomaßnahmen in das System des EG-Außenwirtschaftsrechts . . . . .	154
b) Umfang der Sanktionszuständigkeit der Gemeinschaft . . . . .	155
c) Das Zusammenspiel von Kommission und Rat bei der Einführung von Embargomaßnahmen . . . . .	156
(1) Beschluss des Rates im Rahmen der GASP . . . . .	157
(2) Das Initiativrecht der Kommission für die Ergreifung von Wirtschaftssanktionen . . . . .	157
(a) Negative Bindung an einen GASP-Beschluss des Rates	158
(b) Positive Bindungswirkung des GASP-Beschlusses . . . . .	160
(3) Ratsbeschluss über die Einführung von Wirtschafts- sanktionen . . . . .	162
d) Aufhebung von Embargomaßnahmen . . . . .	163
V. Zusammenfassung . . . . .	163
C. Schutzinstrumente gegenüber unfairen Handelspraktiken – Handelsschutzinstrumente im engeren Sinne . . . . .	167
I. Einordnung in das System der Handelsschutzregelungen . . . . .	167
II. Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen . . . . .	167
1. Das Regelungssystem zur Abwehr gedumpfter und subventionierter Wareneinfuhren . . . . .	167
2. Die interinstitutionellen Entscheidungsabläufe im Verfahren zur Einführung von Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen . .	172
a) Einleitung des Verfahrens . . . . .	172
b) Untersuchungsverfahren . . . . .	175
c) Einstellung des Verfahrens . . . . .	178
d) Einführung von Schutzmaßnahmen . . . . .	179
(1) Vorläufige Antidumping- oder Ausgleichszölle . . . . .	180
(2) Endgültige Zölle . . . . .	182
e) Aushandlung und Annahme von Verpflichtungen . . . . .	184

(1) Inhalt von Verpflichtungen .....	184
(2) Voraussetzungen für die Annahme von Verpflichtungen ..	185
(3) Zuständigkeit für die Aushandlung und Annahme von Verpflichtungen .....	186
(4) Verfahrensrechtliche Ausgestaltung .....	189
f) Schutzmaßnahmen im Falle des Widerrufs einer angenommenen Verpflichtung .....	192
(1) Widerrufsgründe .....	192
(2) Materielle Rechtswirkungen des Widerrufs .....	194
(a) Anwendung festgesetzter Antidumping- beziehungswise Ausgleichszölle .....	194
(b) Eröffnung der Möglichkeit zur Einführung neuer Antidumping- oder Ausgleichszölle .....	196
g) Vereinnahmung von vorläufigen Zöllen .....	198
h) Zollamtliche Erfassung von Waren .....	200
3. Verlängerung der Geltungsdauer vorläufiger Antidumpingzölle ...	201
4. Das Zusammenspiel von Kommission und Rat bei nachgeschalteten Maßnahmen .....	203
a) Überprüfung endgültiger Antidumping- oder Ausgleichs- maßnahmen .....	203
(1) Überprüfungstatbestände .....	204
(a) Reguläres Auslaufen der Maßnahmen .....	204
(b) Nachträgliche Veränderung der Sachlage .....	205
(c) „Newcomer review“ .....	206
(2) Verfahrensaspekte und Kompetenzverteilung bei Abschluss der Überprüfung .....	207
(a) Einleitung und Durchführung .....	207
(b) Verbindliche Verfahrensfristen .....	207
(c) Maßnahmen am Ende der Überprüfung .....	208
(i) Organkompetenzen bei der Überprüfung endgültiger Zölle .....	208
(ii) Institutionelle Kompetenzverteilung bei der Überprüfung von Verpflichtungen .....	212
b) Rückerstattungsverfahren .....	213
c) Antiabsorptionsverfahren .....	215
(1) Anwendungsbereich und Zweck des Verfahrens .....	215
(2) Durchführung und Ausgang des Verfahrens .....	216
d) Umgehungsverfahren .....	218
(1) Der Umgehungstatbestand .....	219
(2) Verfahren .....	220
(3) Befreiung von Umgehungsmaßnahmen .....	222
e) Aussetzung von Maßnahmen .....	223
(1) Hintergrund .....	223
(2) Kompetenzverteilung bei der Aussetzungsentscheidung ..	224
(3) Wiedereinsetzung von Maßnahmen .....	226

---

(4) Aussetzung im Falle kumulierter Handelsschutz- maßnahmen .....	227
III. Maßnahmen zur Abwehr sonstiger unlauterer Handelspraktiken .....	228
1. Die Handelshemmnisverordnung als Instrument zur Öffnung neuer Märkte .....	228
2. Verhältnis zu den übrigen Handelsschutzinstrumentarien .....	228
3. Anforderungen an ein Eingreifen der Gemeinschaft .....	230
4. Die Verteilung der Organkompetenzen im Verfahren zur Beseitigung der Auswirkungen drittstaatlicher Handelshemmnisse .	233
a) Verfahrenseinleitung .....	234
b) Untersuchungsverfahren .....	236
c) Aussetzung und Einstellung des Verfahrens .....	237
(1) Reichweite der Kommissionskompetenzen .....	237
(a) Aussetzung nach Abschluss der Untersuchung .....	237
(b) Einstellung oder Aussetzung im Verlauf des Untersuchungsverfahrens .....	238
(2) Entscheidungsverfahren .....	242
d) Einleitung, Durchführung und Abschluss eines Streitbeilegungs- verfahrens .....	243
e) Einführung von Retorsionsmaßnahmen .....	243
IV. Zusammenfassung .....	243
D. Autonome Instrumentarien zur Steuerung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen .....	248
I. Gemeinsame Marktorganisationen als besondere Regelungssysteme ...	248
II. Horizontale Kompetenzverteilung im Außenhandelschutz auf dem Agrarsektor .....	250
1. Festsetzung von Einfuhrzöllen und Eröffnung von Zollkontingenten	250
2. Ausfuhrerstattungen .....	253
3. Ein- und Ausfuhrlicenzen .....	255
4. Maßnahmen zur Abwehr von Beeinträchtigungen des Binnen- marktes .....	257
a) Schutzmaßnahmen gegen einfuhrbedingte Marktstörungen ...	257
b) Festsetzung zusätzlicher Einfuhrzölle zum Schutz vor einfuhrbedingten Marktnachteilen .....	259
c) Maßnahmen gegen ausfuhrbedingten Marktstörungen .....	260
d) Maßnahmen gegen preisbedingte Marktstörungen .....	261
5. Maßnahmen zum Schutz der Versorgungssicherheit in der Gemeinschaft .....	261
III. Zusammenfassung .....	263

## § 4

Die horizontale Kompetenzverteilung bei vertraglichen Maßnahmen der Gemeinschaft zur Steuerung des Außenwirtschaftsverkehrs . . . .	265
A. Vorbemerkungen . . . . .	265
B. Die Kommission als Verhandlungsführerin . . . . .	266
I. Wahrnehmung von Verhandlungsmandaten. . . . .	266
1. Erteilung durch den Rat . . . . .	266
2. Verhandlungsführungsbefugnis kraft Sekundärrechtsaktes? . . . . .	267
II. Einschränkungen der Verhandlungskompetenz der Kommission . . . . .	268
III. Paraphierung. . . . .	271
C. Die exklusive Vertragsschlusskompetenz des Rates . . . . .	272
I. Die Zuständigkeit des Rates für die Unterzeichnung und den Abschluss völkerrechtlicher Verträge . . . . .	272
II. „Treaty making power“ der Kommission im EG-Außenwirtschaftsrecht? . . . . .	274
1. Der Zuständigkeitsvorbehalt in Art. 300 Abs. 2 UAbs. 1 EG . . . . .	274
2. Originäre Vertragsschlusskompetenz für Verwaltungsabkommen . . . . .	275
3. Abgeleitete Vertragsschlusskompetenzen . . . . .	278
D. Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments . . . . .	280
I. Obligatorische Anhörung vor dem Vertragsschluss als gesetzlicher Regelfall . . . . .	280
II. Abkommen aus dem Bereich der Handelspolitik als Ausnahmen vom Regelfall . . . . .	281
1. Zoll- und Warenhandelsabkommen . . . . .	281
2. Abkommen betreffend den Handel mit Dienstleistungen und Handelsaspekte des geistigen Eigentums . . . . .	282
3. Anhörungsrechte bei gemischten Abkommen? . . . . .	283
III. Zustimmung zum Vertrag als Sonderfall . . . . .	285
1. Assoziierungsabkommen . . . . .	285
2. „Assoziierungsähnliche“ Abkommen . . . . .	286
3. Sonstige Abkommen . . . . .	288
4. Zeitpunkt der erforderlichen Zustimmung . . . . .	289
IV. Fakultative Beteiligungsrechte auf der Basis interinstitutioneller Vereinbarungen . . . . .	290
V. Selbstverständnis des Europäischen Parlaments . . . . .	292
E. Die Organzuständigkeiten für die Aussetzung und Kündigung von Abkommen . . . . .	294

---

F. Zusammenfassung .....	295
§ 5	
Das formal-rechtliche Gesamterscheinungsbild des interinstitutionellen Entscheidungsgefüges bei der Gestaltung der EG-Außenwirtschaftsbeziehungen .....	298
A. Die Kommission in ihrer Rolle als multifunktionale Handlungsinanz .....	298
I. Wahrnehmung administrativer Aufgaben im außenwirtschaftlichen Verwaltungsverfahren .....	299
1. Das System der administrativen Umsetzung der autonomen Instrumentarien der Gemeinschaft zur Steuerung des Außenwirtschaftsverkehrs .....	299
2. Außenwirtschaftsrechtliche Verwaltungsverfahren auf Gemeinschaftsebene .....	300
a) Sekundärrechtliche Verfahrensordnungen im autonomen EG-Außenwirtschaftsrecht .....	300
b) Strukturelle Merkmale der Verfahrensordnungen .....	301
c) Die Einordnung der sekundärrechtlich etablierten Verfahren als Verwaltungsverfahren auf Gemeinschaftsebene .....	302
(1) Übereinstimmungen mit den Merkmalen eines Verwaltungsverfahrens .....	302
(2) Der formale Charakter der Abschlussentscheidung .....	303
(3) Die verfahrensabschließende Entscheidung als Vollzugsakt des sekundären Außenwirtschaftsrechts .....	303
3. Die Kommission als „Herrin“ des außenwirtschaftsrechtlichen Verwaltungsverfahrens .....	307
II. Vorbereitung von autonomen Maßnahmen .....	308
1. Das Initiativmonopol der Kommission .....	308
2. Kommissionsinterner Arbeitsprozess .....	311
III. Erlass von tertiärem Gemeinschaftsrecht .....	313
1. Gesetzgebungskompetenzen der Kommission kraft Ratszuweisung .	313
2. Regulierende Rechtsetzungsbefugnisse der Kommission .....	315
3. Legislative Befugnisse mit Ausführungscharakter .....	316
IV. Vertragsanbahnung auf völkerrechtlicher Ebene .....	317
B. Der Rat als Hauptentscheidungsträger .....	319
I. Der Rat in der Rolle des Gemeinschaftsgesetzgebers .....	319
1. Primärrechtliche Konzeption .....	319
2. Sekundärrechtliche Rechtsetzungsbefugnisse des Rates .....	321

II. Organ für den Abschluss vertraglicher Maßnahmen .....	323
III. Die Einführung der Komitologie durch den Rat als Korrektiv für die Regeldelegation von Entscheidungsbefugnissen auf die Kommission ..	323
1. „Komitologie“ im EG-Außenwirtschaftsrecht .....	323
a) Sinn und Zweck der „Komitologie“ .....	323
b) Terminologie und Erscheinungsformen im EG-Außen- wirtschaftsrecht .....	324
2. Allgemeine Beratungsfunktion der von der Kommission zu konsultierenden Ausschüsse .....	327
3. Die spezifischen Verfahrenswirkungen der Ausschusstellungs- nahmen .....	329
a) Beratungsverfahren .....	329
b) Verwaltungsausschussverfahren .....	331
(1) Kompetenzrechtliche Dimension .....	331
(2) Bedeutung für die Auswahl des Ausschussverfahrens ....	332
(3) Würdigung .....	335
c) Regelungsverfahren .....	336
(1) Kompetenzrechtliche Ausgestaltung .....	336
(2) Beurteilung unter institutionellen Gesichtspunkten ....	338
d) Verfahren bei Schutzmaßnahmen der Kommission .....	340
(1) Vorbemerkungen .....	340
(2) Begründung einer Revisionskompetenz des Rates ....	342
(3) Modalitäten der Kompetenzausübung durch den Rat ...	343
(4) Folgen einer unterbliebenen Revisionsentscheidung innerhalb einer bestimmten Entscheidungsfrist .....	344
(a) Fiktion der Aufhebung des Kommissionsbeschlusses .	344
(b) Fiktion der Bestätigung der Kommissionsmaßnahme .	346
(5) Revisionskompetenzen bei Einstellung oder Aussetzung des Verfahrens .....	349
4. Fazit .....	352
IV. Änderungen durch den Vertrag von Lissabon und ihre Auswirkungen auf das institutionelle Kompetenzgefüge zwischen Kommission und Rat .....	353
1. Autonome Handlungsformen .....	353
2. Die Bedeutung des „Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ .....	357
C. Die zurückhaltende Teilhabe des Europäischen Parlaments an der Gestaltung der EG-Außenwirtschaftsbeziehungen .....	360
I. Umfang der formellen Beteiligung am Rechtsetzungsverfahren .....	360
1. Primärrechtlich verbürgte Mitwirkungsbefugnisse .....	360
2. Beteiligung an der Durchführung der sekundärrechtlichen Regelungsinstrumentarien .....	363
a) Formen der Teilhabe am Entscheidungsverfahren .....	363

---

(1) Abgabe von Stellungnahmen gegenüber Rat und Kommission .....	363
(2) Umfassende Information und parlamentarische Kontrolle .....	365
b) Grenzen der Beteiligung des Parlaments am Entscheidungsverfahren .....	366
(1) Inhalt .....	367
(2) Gegenstand des Durchführungsverfahrens .....	367
(3) Verfahrensablauf .....	370
(4) Sanktionswirkung .....	370
c) Fazit zu den Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlaments .....	371
II. Inhaltliche Reichweite der formellen Einbindung in das Vertragsschlussverfahren .....	372
III. Erweiterte Beteiligung aufgrund interinstitutioneller Vereinbarungen ..	373
1. Auswirkungen interinstitutioneller Vereinbarungen im EG-Außenwirtschaftsrecht .....	373
2. Bewertung der verstärkten fakultativen Einbeziehung des Parlaments .....	375
IV. Bewertung der gegenwärtigen Stellung des Europäischen Parlaments im institutionellen Gefüge bei der Ausgestaltung der EG-Außenwirtschaftsbeziehungen .....	378
1. Partielles Defizit demokratischer Legitimation im EG-Außenwirtschaftsrecht .....	378
a) Die Notwendigkeit einer demokratischen Legitimation von Maßnahmen zur Regelung der EG-Außenwirtschaftsbeziehungen .....	378
b) Originär gemeinschaftsrechtliche demokratische Legitimation ..	379
(1) Das Europäische Parlament als Vermittler demokratischer Legitimation auf Gemeinschaftsebene .....	379
(2) Punktuelle parlamentarische Beteiligung am gemeinschaftlichen Willensbildungsprozess .....	381
(3) Eingeschränkte Effizienz parlamentarischer Kontrolle ...	382
(a) Kontrolle der Kommission .....	382
(b) Kontrolle des Rates .....	384
c) Lücken mittelbarer demokratischer Legitimation durch die Mitgliedstaaten .....	386
d) Fazit .....	388
2. Mögliche Auswege aus der Legitimationskrise im Bereich der EG-Außenwirtschaftsbeziehungen .....	389
a) Gegenständliche Erweiterung der primärrechtlichen Stellung des Europäischen Parlaments als Mitgesetzgeber .....	389
b) Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte gegenüber dem Rat im Hinblick auf die Durchführungsrechtsetzung .....	392
c) Gleichstellung des Europäischen Parlaments mit dem Rat auf Rekursebene .....	394

d) Ausweitung des Zustimmungserfordernisses bei völkerrechtlichen Verträgen .....	397
V. Demokratisierung durch den Vertrag von Lissabon .....	400
1. Das Europäische Parlament als Mitgesetzgeber im Bereich der EU-Außenwirtschaftspolitik .....	400
2. Parlamentarische Zustimmung im Vertragsschlussverfahren .....	403
D. Ergebnis .....	407
§ 6	
Normative und faktische Einschränkungen der formal-rechtlich bestehenden Handlungsprerogative des Rates und ihre Folgen für das interinstitutionelle Entscheidungsgefüge im EG-Außenwirtschaftsrecht .....	411
A. Das Initiativmonopol als Determinante für Revisions- entscheidungen des Rates .....	411
I. Unterbindung der Einstellung oder Aussetzung des Verfahrens .....	412
II. Änderung von Maßnahmen der Kommission. ....	414
III. Aufhebung von Maßnahmen der Kommission. ....	416
B. Die Bedeutung begrenzter Entscheidungszeiträume .....	417
C. Das Begründungsgebot als Gegengewicht zu den politischen Gestaltungsspielräumen des Rates im EG-Außenwirtschaftsrecht .....	419
I. Die ordnungsgemäße Begründung als wesentliche formelle Voraussetzung rechtmäßiger autonomer Regelungen der EG-Außenwirtschaftsbeziehungen .....	419
II. Faktische Schwierigkeiten des Rates bei der Begründung abweichender Entscheidungen im Rahmen der Durchführungsrechtsetzung .....	421
1. Grundsätzlicher Begründungsaufwand bei formal normativen Rechtsakten .....	421
2. Erhöhter Begründungsaufwand bei Abschlussentscheidungen außenwirtschaftsrechtlicher Verwaltungsverfahren .....	422
a) Maßgebende umfangsbezogene Determinanten .....	423
(1) Individualrechtsschutzmöglichkeiten .....	423
(2) Ermessen bei der Beurteilung materieller Eingriffs- voraussetzungen .....	425

---

b)	Konkreter Begründungsumfang bei Entscheidungen im Rahmen außenwirtschaftsrechtlicher Verwaltungsverfahren . . .	426
(1)	Maßnahmen im Antidumping- und Antisubventionsverfahren . . . . .	426
(2)	Entscheidungen im Verfahren zur Einführung von Retorsionsmaßnahmen oder Schutzmaßnahmen gegenüber wettbewerbskonformen Einfuhren . . . . .	429
(a)	Einführung von Retorsions- oder Schutzmaßnahmen .	429
(b)	Revision von Schutzmaßnahmen der Kommission . . .	432
c)	Probleme des Rates bei der Umsetzung der Anforderungen . . . .	433
3.	Begründungspflicht bei Untätigkeit . . . . .	435
a)	Vorüberlegungen . . . . .	435
b)	Das EuGH-Urteil in der Rechtssache Eurocoton . . . . .	435
c)	Anwendung der Erwägungen des EuGH außerhalb des EG-Antidumpingrechts . . . . .	437
(1)	Untätigkeit bei Befassung mit einer Maßnahme der Kommission . . . . .	437
(2)	Untätigkeit im Vorschlagsverfahren . . . . .	440
(a)	Untätigkeit bezüglich eines Vorschlags für Schutzmaßnahmen gegenüber wettbewerbskonformen Wareneinfuhren . . . . .	440
(b)	Vorschlag zur Einführung von Retorsionsmaßnahmen . . . . .	442
d)	Fazit . . . . .	443
D.	Mehrheitserfordernisse . . . . .	444
I.	Qualifizierte Mehrheit . . . . .	444
II.	Einfache Mehrheit . . . . .	448
E.	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen . . . . .	449
§ 7	Ausblick . . . . .	456
§ 8	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse . . . . .	459
	Literaturverzeichnis . . . . .	479
	Sachverzeichnis . . . . .	505

